

stets in enger und loyaler Einheit mit den Bischöfen der jeweiligen Diözesen, die es als Nachfolger der Apostel liebt und verehrt.“ Daß dieser Satz überhaupt in der überaus knappen Erklärung zu finden ist, deutet wie auch ähnliche Zusicherungen in der Studie auf eine neuralgische Stelle, zumindest auf vermutete atmosphärische Spannungen in diesem Verhältnis hin. In der Tat wäre die Unabhängigkeit von den Ortskirchen die weitreichendste Konsequenz einer solchen Statusänderung für die Gesamtkirche, die u. U. auch andere Säkularinstitute und Ordensgemeinschaften unter Zugzwang bringen könnte. So geeignet die angestrebte rechtliche Form der „Praelatura nullius“ für die vom Opus Dei hervorgehobene besondere Spiritualität des Werkes sein mag, unter gesamt-kirchlichem Aspekt müßte sie der vom Konzil stark befürworteten Aufwertung der Ortskirchen zuwiderlaufen. In der für den Vatikan verfaßten Studie heißt es zu der angestrebten Regelung der Beziehungen zwischen Ortskirche und Opus Dei u. a.: „Die (rechtliche) Umwandlung des Opus Dei ... würde den Dienst des Werkes an den Ortskirchen weiter verstärken, dem Heiligen Stuhl aber die Möglichkeit bieten, mit größerer Wirksamkeit über eine – hervorragend vorbereitete – bewegliche Truppe zu verfügen, die überall geistiger und apostolischer Sauerterg für ein christliches Leben wäre“ (Nr. 19). Eine vorherige Konsultation der Bischofskonferenzen über die Umwandlung des Opus Dei in eine persönliche Prälatur stellte „sich als de facto bereits erfolgt dar, da das Opus Dei in allen Ländern schon mit der vorherigen Approbation des betreffenden Ortsordinarius tätig ist“. Eine Wiederholung dieser Auflage erscheine nicht notwendig.

Das 1928 gegründete Opus Dei versteht sich als Vereinigung von Gläubigen (verheiratete, unverheiratete und die evangelischen Räte lebende Laien, zwei Prozent Priester), die der Spiritualität des Gründers, *José María Escrivá de Balaguer*, folgend, ihre Heiligung in der Welt, in der täglichen Arbeit suchen. Bis heute hat das Opus Dei keine seinem Selbstverständnis adäquate kirchenrechtliche Fixierung

finden können. Nur „zähneknirschend“, heißt es in der Studie, habe der Gründer des Werkes für eine Übergangszeit juristische Formen wie die der „frommen Vereinigung“ und schließlich des Säkularinstituts akzeptiert.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen über die rechtliche Neufassung wird in der Opus-Dei-Studie detailliert geschildert. Ihr ist zu entnehmen, daß *Escrivá de Balaguer* im Jahre 1962 dem Vatikan erstmals den Wunsch unterbreitete, das Opus Dei in eine persönliche Prälatur umzuwandeln. *Johannes XXIII.* lehnte das Gesuch wegen „vorhersehbarer, fast unüberwindlicher Schwierigkeiten“ ab. *Paul VI.* entschied 1964, die Frage solle nach Ausarbeitung der Konzilstexte geprüft werden. Seit 1969 arbeitete ein „Generalkongreß“ des Opus Dei an der rechtlichen Neufassung, ohne jedoch einen Entwurf einzureichen. Im November 1978 ließ der neugewählte Papst *Johannes Paul II.* dem Generalpräsidenten *del Portillo* übermitteln, er sehe die Notwendigkeit, das Problem der Neuordnung unverzüglich zu regeln. In einer Audienz am 12. Februar 1979 bat *del Portillo* den Papst formell um die Statusänderung. Dazu heißt es in der Studie: „Seine Heiligkeit nahm das Gesuch gnädig an. Er sagte mir, daß diese Lösung in der Zukunft auch für andere Institutionen mit ähnlichen Gründungs- und Wesensmerkmalen gelten könnte (Nr. 12 – alle zitiert nach „*El País*“). Am 23. April bat der Generalpräsident in einem Brief an die zuständige Bischofskongregation formell um die Statusänderung.

Nach „*Vida Nueva*“ (24. 11. 79) hat diese Kongregation den Antrag im Juni beraten und abgelehnt. *Kardinal Baggio* sei seither bemüht, Bischöfe für den Antrag zu gewinnen. Wegen der

möglichen negativen pastoralen Auswirkungen sind die Bestrebungen des Opus Dei bei vatikanischen Stellen wie auch im spanischen Episkopat offenbar auf Bedenken gestoßen. *Kardinal Baggio* hingegen gilt als uneingeschränkter Befürworter des Antrags. Die Entscheidung *Johannes Pauls II.*, der die Spiritualität des Opus Dei kennt und schätzt, steht noch aus.

Es stellt sich die Frage, wie aus dem legitimen Ansinnen einer kirchlichen Organisation, einen ihr gemäßen rechtlichen Status zu finden, eine Affäre mit weltweitem Echo werden konnte. Das Opus Dei ist im Laufe seiner fünfzigjährigen Geschichte nicht von Mißverständnissen und auch übler Nachrede verschont geblieben. Die alten Vorwürfe eines allzu elitären Selbstverständnisses und übertriebener Geheimhaltung haben nun neue Nahrung erhalten. So bedauerlich das Aufleben solcher innerkirchlichen Animositäten ist – von entscheidender Bedeutung ist die gesamt-kirchliche Relevanz des eigentlichen kirchenpolitischen Vorgangs, dem eine sachliche Erörterung gut täte. Zur Klärung der Frage, welche pastoralen Auswirkungen der exemte Status von Laien in einer Diözese hat, könnte das Beispiel der „*Mission de France*“ beitragen. Des weiteren existiert eine Anzahl jüngerer katholischer Vereinigungen, die zu der Überlegung Anlaß geben, ob der Status einer *Praelatura nullius* für weltweit oder regional verbreitete Laien-Organisationen der Zusammenarbeit mit der Ortskirche wirklich dienlich ist. Es ist mehr ein pastoral-theologisches als ein kirchenrechtliches Problem, ob in religiösen Vereinigungen engagierte Laien sich der Zuständigkeit der Ortskirche entziehen können müssen, um getreu ihrer spezifischen Spiritualität zu leben.

G. B.

Christen in China

Anfang November reiste mit Bischof *Georg Moser* von Rottenburg-Stuttgart zum erstenmal seit der kommunistischen Machtergreifung ein katholischer Bischof aus dem westlichen

Ausland nach China. *Moser* tat dies nicht als Tourist und nicht in eigener Regie, als offizieller Repräsentant der katholischen Kirche zu offiziellen Gesprächen, sondern als Mitglied einer

offiziellen Delegation Baden-Württembergs unter Führung des Ministerpräsidenten des Landes.

Bischof Moser versicherte nach seiner Rückkehr, er und sein Begleiter Prälat *Eberhard Mühlbacher* seien „mit redlicher Gastfreundschaft und Offenheit“ von den Chinesen aufgenommen worden. Und von offizieller Seite habe man ihm ausdrücklich versichert, es habe weder im chinesischen Außenministerium noch von Partei- und Regierungschef *Hua Guo-feng* Vorbehalte oder kritische Bemerkungen zu seiner Anwesenheit als Teilnehmer der Delegation gegeben. Die chinesische Seite habe ihnen auch „die meisten“ Gesprächswünsche erfüllt.

Allerdings gab es eine wesentliche Einschränkung, mit der von vornherein zu rechnen war: Jeder Kontakt von Offiziellen mit Angehörigen staatlich nicht zugelassener Religionsgemeinschaften ist für die Regierung immer noch tabu. So hatten sich die Gespräche auf den Gedankenaustausch mit Vertretern der Regierung, des vom chinesischen Staat errichteten Instituts für Weltreligion und auf Mitgliedern der sog. patriotischen Kirche bzw. der „Patriotischen Katholischen Vereinigung“ zu beschränken. Bischof Moser konnte zwar mit dem 78jährigen Bischof *Chang Jia-shu* in Shanghai und dem neugewählten, aber noch nicht konsekrierten Bischof in Peking *Fu Tie-shan* und zwei Geistlichen an der Nan-t'ang-Kirche in Peking, der nach wie vor einzigen geöffneten Kirche in Chinas Hauptstadt, sprechen. Der Besuch bei dem romtreuen Bischof *Kung Pin-mei* von Shanghai war aber ebensowenig möglich wie ein Gespräch mit einer Priestergemeinschaft in Shanghai, deren Adresse bekannt ist, deren Mitglieder aber nur teilweise liturgische und gar keine seelsorgliche Funktionen wahrnehmen können. Der Besuch bei Bischof Kung, der sich nach wie vor im Gefängnis befindet, wurde mit der Bemerkung abgelehnt, dieser habe gegen die Gesetze des Staates verstoßen. Der Chef des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten lehnte ein Gespräch mit den geistlichen Mitgliedern der Delegation mit dem Hinweis auf Termenschwierigkeiten ab. Aber auch in den Gesprächen, die

stattfinden konnten, waren deutlich Grenzen gesetzt. Die meisten von ihnen wurden nicht am Wohn- oder Amtssitz der betreffenden Gesprächspartner durchgeführt, sondern in amtlichen staatlichen Gebäuden. Anwesend waren dabei nicht nur Dolmetscher, sondern auch Staatsfunktionäre, die sich eifrig Notizen machten. Die Gespräche selbst verliefen zwar freundlich, aber doch sehr zurückhaltend. Rückfragen nach der Kirche im Westen wurden kaum gestellt. Ängste und Vorbehalte waren nicht zu übersehen. Auch fast völlige „Auskunftslosigkeit“ trafen Fragen nach der Situation protestantischer Christen.

Dennoch wurde dieser Besuch noch stärker als so mancher der letzten Zeit zu einem Erfahrungstest. Die Gespräche lassen erkennen, wieweit die chinesische Führung in Sachen Religion sich gegenwärtig öffnen will und wieweit nicht. Daß sich die Religionspolitik im Lande gelockert hat, ist nicht mehr zu bestreiten: das zeigt die Rückgabe verschiedener Kirchen, die Wiedereröffnung von Tempeln, Pagoden, Moscheen, buddhistischen Klöstern, selbst des lamaistischen Buddhismus in Tibet. Dabei scheint das Christentum allerdings noch sichtbar im Schatten zu stehen. Religionspolitik ist in China weitgehend eine Funktion der Innen- und der Außenpolitik. Wo innen- und außenpolitische Rücksichten zu nehmen sind, wie im Falle des Islam, werden die Toleranzgrenzen weiter gezogen. Christen, Katholiken und Protestanten, bilden oder vertreten keine nationalen Minderheiten und auch keine geschlossenen Gesellschaften oder Mächte im Westen. Deswegen bleibt das Interesse an ihnen begrenzt. Es könnte dennoch sein, daß sich dieses bei einer Fortsetzung der Öffnung zum Westen verstärkt.

Vorläufig bemüht man sich zwar ganz allgemein zu betonen, China betreibe „eine Politik der Religionsfreiheit“. Das jetzt neu in Kraft getretene chinesische Strafrecht verbietet sogar ausdrücklich jede Verfolgung der Religion wegen. Aber diese Versicherung ist einmal im Zusammenhang zu sehen mit der nicht minder betonten leninistischen Überzeugung, daß die Reli-

gion mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik ohnehin zum Verschwinden verurteilt sei. Zum anderen wird die zugesicherte Politik der Religionsfreiheit fast ausschließlich verstanden als Korrektur der Zeit der Kulturrevolution und der Verbrechen der Viererbande. Auf diese Zeit erstrecken sich auch die bisherigen Rehabilitierungen. Über das, was in früheren Stadien des Maoismus und nach der Machtergreifung geschehen ist, wird nicht gesprochen. Und wie eng weiterhin die Religionsfreiheit auch inhaltlich ausgelegt wird, zeigt ein Artikel der Pekinger „Volkszeitung“, der etwa zwei Wochen vor dem Besuch der baden-württembergischen Delegation erschienen war. Dort wurde die Frage, ob den Gläubigen auch die Verbreitung ihres Glaubens erlaubt sei, wie folgt beantwortet: Religiöse Lehren könnten von Amtsträgern von Religionsgemeinschaften verbreitet werden in Tempeln und Kirchen und an anderen für religiöse Aktivitäten vorgesehenen Orten. Der Atheismus dürfe nicht propagiert werden in Tempeln und Kirchen, an Orten, wo religiöse Zeremonien stattfinden, und nicht mit Gewalt.

Wie dies zu deuten ist, wird die nächste Zeit zeigen. Es ist zu hoffen, daß es für die künftige Praxis mehr bedeutet als das Minimum an Kulturfreiheit, das jetzt besteht, und daß zur beschriebenen Möglichkeit der Glaubensverbreitung auch bald einmal die Möglichkeit religiöser Erziehung gehört. Gegenwärtig scheint die chinesische Religionspolitik primär darauf gerichtet zu sein, wieder zu tolerieren, was in offiziell zugelassenen Formen an Religion noch da ist, aber die Weitergabe religiöser Tradition möglichst einzugrenzen oder zu unterbinden. Noch ist z. B., wenigstens im katholischen Bereich, nichts bekannt von der Wiederzulassung religiöser Ausbildungsstätten, auch nicht von solchen für den Priesternachwuchs.

Während diese Probleme in abgestufter Form für alle Religionsgemeinschaften gelten, besteht für die katholische Seite noch das besondere Problem der Spaltung zwischen der „patriotischen“ Kirche auf der einen und den nach wie vor an Rom orien-

tierten Gläubigen auf der anderen Seite. Bischof Moser hat versichert, auch bei Vertretern der patriotischen Vereinigung auf keinerlei „antirömischen Affekt“ gestoßen zu sein. Wahrscheinlich wächst die Gesprächsbereitschaft, wenn die noch herrschende Phase interner Verunsicherung überwunden ist. Bischof Moser sprach aber auch von der patriotischen Kirche als von einem „Or-

ganismus ohne Infrastruktur“. Eine Wiederezusammenführung beider, der offiziell zugelassenen patriotischen und der nur privat existierenden „Graswurzelkirche“, der aber der weitaus größere Teil der noch lebenden Katholiken angehört, müßte eigentlich, auch wenn sie selbst kirchlich schwierig ist, im chinesischen Interesse sein. Der Heilige Stuhl hätte, wenn es einmal wieder zu offiziellen Kon-

takten kommt, auf die nationalen Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen, nicht die Fehler des Ritenstreits oder auch nur die von 1958/59 zu wiederholen und sich auch nur jeden Anscheins einer zentralistischen Bevormundung zu enthalten. Die Frage diplomatischer Beziehungen zwischen Vatikan und China bleibt demgegenüber sekundär.

E. V.

Entwicklungen

Ein Schritt auf dem Weg zur Einheit

Zum Papstbesuch in Ankara, Konstantinopel und Ephesus

Bei der Feier des Andreasfestes am 30. November 1978 wurde in Istanbul von der katholischen Delegation eine Botschaft Papst Johannes Pauls II. verlesen, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, „daß so bald als möglich der theologische Dialog zwischen unseren Kirchen beginnt und daß er sich in einer Atmosphäre tiefer Liebe und gegenseitigen Vertrauens abspielt“ (HK, März 1979, 159). Genau ein Jahr danach unterzeichneten der Ökumenische Patriarch *Dimitrios I.* und *Johannes Paul II.* in Istanbul eine gemeinsame Erklärung, die offiziell den Beginn des theologischen Dialogs als weiteren Schritt auf dem Weg zur vollen Einheit zwischen katholischer und orthodoxer Kirche bekanntgibt. Der Papst hatte seine Reise in die Türkei recht kurzfristig angekündigt: In seiner Ansprache zum sonntäglichen Angelus auf dem Petersplatz am 18. November gab er allerdings nicht nur deren Termin bekannt, sondern umriß auch schon deren Kontext: Die wichtige Reise zeige auf konkrete Weise seine Absicht, weitere Anstrengungen auf die Einheit aller Christen hin zu unternehmen. Zu Beginn des theologischen Dialogs wolle er seine Ehrfurcht und seine brüderliche Liebe gegenüber den orthodoxen Kirchen und besonders gegenüber dem Ökumenischen Patriarchat zum Ausdruck bringen.

Johannes Paul II. hat seit Beginn seines Pontifikats immer wieder bekräftigt, daß er die Bemühungen um die Einheit der Christen im Geist des Zweiten Vatikanums und seines Vorgängers Paul VI. fortführen wolle. Der Besuch in Konstantinopel stand ganz im Zeichen solcher Kontinuität: Paul VI. hatte 1975, als die Anfänge für den theologischen Dialog gelegt wurden, in einer Botschaft an den Ökumenischen Patriarchen erklärt, die schon bestehende Einheit reiche bereits so weit, daß nur noch wenig der Eucharistie-

gemeinschaft entgegenstehe. Die „neuen Instrumente des Dialogs“ sollten die noch bestehenden Schwierigkeiten überwinden (HK, Februar 1976, 67).

Kühler Empfang in der Türkei

Die erste Station der vierten Auslandsreise Johannes Pauls II. war jedoch nicht Istanbul, sondern die türkische Hauptstadt Ankara. Der ökumenische Hauptzweck der Reise war eingebettet in einen Staatsbesuch, dem man mit einer gewissen Spannung entgegensehen mußte. Einmal steckt die Türkei in einer fast ausgeweglosen innenpolitischen Krise, zum anderen ist auch die seit Atatürk laizistische Republik von den Erschütterungen in der islamischen Welt nicht unberührt geblieben. Schließlich sind die immer mehr zusammenschmelzenden christlichen Minderheiten der Türkei in einer äußerst schwierigen Situation. Die türkische Presse kommentierte den Papstbesuch allgemein eher reserviert, wenn nicht unfreundlich.

Der Papst vermied nicht nur alles, was zu islamischen Mißverständnissen oder zur Verärgerung hätte Anlaß geben können, sondern bemühte sich, im Sinn des Konzils das *gemeinsame Erbe von Islam und Christentum* zu verdeutlichen und seine Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Völker hervorzuheben. In seiner Ansprache an die kleine katholische Gemeinde in Ankara führte er aus: „Während ich hier an die Weite der islamischen Welt denke, möchte ich den Respekt der katholischen Kirche für die Werte der islamischen Religion ausdrücken. Euch gerade, Christen und Moslems in diesem Land, lege ich nahe, eine neue Periode der Geschichte anzuerkennen und Gemeinsamkeiten weiter zu entwickeln“ (Osservatore